

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [info@apb-tutzing.de](mailto:info@apb-tutzing.de)



1 / 2008

## Schlagkräftige Bilder

Jugendgewalt und Medien

Die Schlagzeilen kamen termingerecht zum Tagungsaufakt: „Jugendgewalt nimmt zu – Verdoppelung in den letzten zehn Jahren“. Und unmittelbar nach der Tagung häuften sich brutale Schlägereien und Überfälle in Münchner U-Bahnhöfen. Jugendkriminalität wurde über Nacht zum Wahlkampfthema. Unsere Akademie und die Evangelische Akademie Tutzing hatten in einer gemeinsamen Tagung den Zusammenhang von Gewalt und Mediennutzung thematisiert. Doch die Tagung wollte nicht nur offensichtliche gesellschaftspolitische Probleme benennen, sondern gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Jugendschützern auch Auswege aus dem Gewaltdilemma aufzeigen.

Seite 3



Der bekannte Kriminologe Christian Pfeiffer spricht von „Medienverwahrlosung“ Foto: ms

## Herausforderungen und Konzepte

Was soll und was kann politische Bildung in unseren Zeiten leisten? Wie kann sie auf die neuesten Herausforderungen und Umbrüche reagieren? Wie ist der aktuelle Stand der Fachdiskussion? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigte sich eine Fachkonferenz, zu der die führenden wissenschaftlichen Vertreter der politischen Bildung an der Akademie zusammentrafen. Die Tagung bildete den Abschluss der Tagungsreihe zum 50. Jubiläum der Akademie für Politische Bildung.

Seite 26

## Neue Trends am Arbeitsmarkt

Deutschland erlebte im Jahr 2007 einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung, der endlich auch den Arbeitsmarkt erreichte. Steigende Ölpreise und der starke Euro lassen zwar eine Abschwächung der Dynamik erwarten, doch zur Zeit geht die Arbeitslosigkeit noch weiter zurück. Wie nachhaltig diese Entwicklung ist und welche Problembereiche am Arbeitsmarkt noch bestehen, diesen Fragen stellten sich auf einer Tagung der Akademie und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im November 2007 führende Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitsmarktexperten.

Seite 8



Karikatur: Stuttmann

Gleichzeitig wandte sich Mommsen strikt gegen die Idee, es müsse „etwas Kraftvolles getan werden, um das Nationalgefühl zu fördern“. Es sei höchst bedenklich, nationale Emotionen politisch fördern zu wollen, wie dies in Russland oder Polen versucht werde; dies sei fast immer antidemokratisch. So etwas müsse vielmehr über lange Zeit wachsen.



*Hans Mommsen spricht von einer „deutschen Anomalie“*

Ein historisches Bewusstsein sei durchaus wichtig für Identität und Solidarität, und deshalb gehörten historische Themen in die politische Bildung. In einer Zeit mehrfacher Loyalitäten könne die Nation aber nicht isoliert als oberster Wert vermittelt werden, es gehe um die Pflege einer nationalen Identität mit regionalen und europäischen Ausprägungen. Was gemeinsame Geschichte ist, sei schwer zu sagen. Die Deutschen sollten sie im Hinblick auf nationale Loyalität eher im Wiederaufbau nach 1945 suchen als irgendwann davor.

Nach diesen allgemeinen Themen war das Fundament für die Beschäftigung mit Einzelaspekten gelegt. Jörg Tremmel von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen sprach dabei zum Thema „Jung gegen Alt – die Auflösung des Generationenvertrages?“. In den Medien wird dies oft gern als zentrale künftige Konfliktlinie genannt, aber der „Krieg der Generationen“ finde zum Glück nur in den Medien statt. Wie soll man Generationen vergleichen, nach der Ausstattung mit Natur-, Sach-, Finanz-, Kultur-, Sozial- und Humankapital oder nach direkt am Wohl des Menschen orientierten

Zielgrößen? Tremmel plädierte für den letzteren Ansatz, obwohl auch damit große Messprobleme verbunden sind. All diese Überlegungen münden ein in die Definition, dass Generationengerechtigkeit erreicht ist, „wenn die Chancen der Angehörigen der nächsten Generation, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, im Durchschnitt mindestens so groß sind wie die der Angehörigen ihrer Vorgänger-Generation“. Die Betonung liegt auf mindestens, denn eigentlich sollen es künftige Generationen immer etwas besser haben als ihre Eltern, auf deren Errungenschaften sie aufbauen.

Die Durchsetzung des Gedankens der Generationengerechtigkeit – zum Beispiel auf den Feldern Ökologie, Rente und Staatsverschuldung – sei aber durch das Kurzzeitdenken in der Demokratie schwierig. Tremmels Forderung, den Schutz der Rechte zukünftiger Generationen ins Grundgesetz aufzunehmen, schließt hier logisch an.

## Entsolidarisierte Gesellschaft

Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender in Bayern, nahm die Konfliktlinie „Armen gegen Reich“ in den Blick. Anders als



*Fritz Schösser: „Wenige Reiche werden immer reicher, immer mehr Arme immer ärmer“*

sein Vorredner konzentrierte er sich dabei nicht auf die Gerechtigkeit zwischen Generationen, sondern innerhalb einer Generation. Mit ausführlichem Datenmaterial aus den Bereichen Lebenserwartung, Einkommen, Rente, Arbeitsmarkt und Bildung zeichnete

Schösser das Bild einer auseinanderdriftenden und sich entsolidarisierenden Gesellschaft, in der wenige Reiche immer reicher, die Armen aber nicht nur immer ärmer, sondern auch immer zahlreicher werden. Die Verantwortung dafür sei weniger der Globalisierung, sondern vielmehr den Akteuren in Wirtschaft und Politik zuzuweisen. Die Grundlagen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft würden zu wenig bedacht. Das drohende Szenario sei eine neuerliche Strukturierung in Klassen und Schichten. Schössers Diagnose: „In jeder Partei fehlt die Vision: Welches Gesellschaftsbild wollen wir?“

## Erkenntnisverweigerung

Klaus J. Bade, Historiker und Migrationsforscher von der Universität Osnabrück, widmete sich dem Thema Integration von Migranten. Schon eingangs stellte er fest, es gäbe keinen Grund für Alarmismus; vielmehr beförderten einige Protagonisten in unverantwortlicher Weise eine „Neurotisierung der Integrationsdiskussion“.

Deutschland sei trotz einiger unbestrittener Probleme im internationalen Vergleich ausdrücklich als Erfolgsfall zu

werten. Nur vollziehe sich der Normalfall gelungener Integration unauffällig, während Probleme öffentlich diskutiert würden, im Falle der Kriminalität noch dazu mit einer Tendenz zur Ethnisierung unter Ausblendung sozialer Hintergründe. Der Ausdruck „Parallelsellschaften“ gehöre zu einer Paniksemantik, die auffällige Ausnahmen generalisiere. Dabei treibe allenfalls die



*Klaus J. Bade beklagte die „Neurotisierung der Integrationsdiskussion“*

lange Zeit desintegrativer deutscher Immigrationspolitik Einwanderer in Enklaven: „Ein widerwilliges Einwanderungsland braucht sich über widerwillige Einwanderer manchmal nicht zu wundern“. Hier forderte Bade eine „pragmatische Akzeptanz der Einwanderer“.

derungsgesellschaft“ und eine Integrationspolitik der drei Säulen mit präventiven, begleitenden und nachholenden Maßnahmen. Das neue Ausländergesetz von 1990, danach die Reform des

gen legten eine Gesellschaft auf eine politische Ordnung fest, konstituierten aber gemeinhin keine neue Gesellschaft. Anders in Deutschland, wo mit dem Grundgesetz ein neuer Staat ge-

Die Integration durch Verfassungspatriotismus werde demnach von unten erzeugt, durch das tägliche Agieren auf dem Boden der Verfassung. Hier findet sich eine politische Selbstbeschreibung der Gesellschaft, ihrer Vorstellungen davon, was Gerechtigkeit und Demokratie seien. In diesem Sinne könne Deutschland als gelungener Fall von Integration durch Verfassungspatriotismus gesehen werden.

## „Wir wissen nicht, was das deutsche Nationalgefühl sein soll“

Hans Mommsen

Staatsbürgerschaftsrechts und zuletzt das Zuwanderungsgesetz markierten wichtige Schritte hin zum Ende der jahrzehntelangen Erkenntnisverweigerung nach dem Motto „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Defizite lägen vor allem auf Bundesebene, während auf unteren Ebenen, „vor Ort“ oftmals vorbildliche Integrationsprojekte zu finden seien.

### Verfassungspatriotismus

Nach den Vorträgen zu Einzelaspekten schlug Hans Vorländer von der Universität Dresden den Bogen zurück zur allgemeinen Perspektive und stellte Überlegungen zum Konzept des „Verfassungspatriotismus“ in Deutschland an. Nachdem nationaler Patriotismus als Integrationskonzept durch die Nazi-Diktatur diskreditiert war, hatte Dolf Sternberger diesen Begriff in den 1970er Jahren geprägt, als „Liebe zur lebenden Verfassung“ (siehe dazu den Beitrag im Report 4/2007, S. 29 – 31). Jürgen Habermas hatte den Begriff aufgenommen und etwas anders interpretiert: Verfassungspatriotismus sei die einzige Form von Patriotismus, die Deutschland dem Westen nicht entfremdet; diese post-nationale Patriotismuskonzeption sollte die nationalstaatliche ersetzen.

Anders als Habermas betrachtete Vorländer jedoch im Sinne Sternbergers, wie das Grundgesetz in Deutschland integrierend wirken konnte. Verfassungspatriotismus

schaffen wurde, aber die Verfassung nicht als „Selbstvergewisserung“ einer Nation fungieren konnte, galt sie doch zunächst nur als Provisorium und nur für einen Teil der Nation. Dennoch könne im Grundgesetz angesichts der totalitären Erfahrungen eine Art Verfestigung des „besseren Ichs der Deutschen“ gesehen werden, das im Unterschied zu Parteien und Parlament weit hin große Akzeptanz findet. Eine wichtige Rolle spielte hierbei auch das Bundesverfassungsgericht, das eine Art Erziehungsfunktion zur Demokratie erfüllte, indem es das Grundgesetz als Vollverfassung interpretierte und die Selbstbeschreibung Deutschlands als liberale Demokratie prägte. So rückte das Grundgesetz in ein vorher unbe-



Hans Vorländer: Grundgesetz als Zentrum der Identifikation



Kontroverse Abschlussdiskussion mit Oswald Metzger

setztes Zentrum der Identifikation. Dies zeigte sich nicht nur in den Konflikten um Wiederbewaffnung, Notstandsgesetzgebung und Reformpolitik der 1970er Jahre, als alle Protagonisten die Verfassung ins Feld führten und somit das Grundgesetz als integrierenden Identifikationspunkt bestätigten. Auch nach der Wiedervereinigung wollten die meisten daran festhalten.

### Schlüssel Chancengerechtigkeit

Zum Abschluss der Tagung hatten Politiker das Wort: Das Thema „Staat, Gesellschaft, Bürger – Wer ist gefordert?“ diskutierten Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon (CSU), der Landtagsabgeordnete Thomas Beyer (SPD) und der frühere grüne Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger.

In der stark von ökonomischen Gesichtspunkten dominierten Diskussion tauchte immer wieder ein Aspekt auf, der über die ganze Tagung hinweg wie ein Leitmotiv Podium und Publikum beschäftigte: Wie verwirklichen wir in unserer Gesellschaft Chancengerechtigkeit? Dass hierin der Schlüssel zur Zukunft und zur Überwindung der zahlreichen Spaltungstendenzen liege, wurde allgemein akzeptiert. Ziel sei die Aussicht auf Teilhabe am Erfolg für jeden – ganz im Sinne des Traums, den die Gesellschaft haben müsse.

Erwartungsgemäß gingen die Antworten auf die Frage, wie dies konkret zu bewerkstelligen sei, auseinander. Ist der einzelne Bürger stärker in die Pflicht zu nehmen? Oder muss er erst in die Lage versetzt werden, selbst Chancen zu ergreifen? Doch in einem Punkt waren sich die Diskutanten wieder einig: Nötig sind politische Führung und klare Kommunikation. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind. ■

Stefan Köppl /  
Karl-Heinz Willenborg